

Der Zürcher Bote

WOCHEZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
EuGH-Urteil:
Recht gegen Realität
von Reinhard Wegelin
Seite 2

Kanton Zürich
Die SVP: Der Kompass
für unser Land
von Lorenz Habicher
Seite 3

Aktuell
Ein Plädoyer für
Jugend+Sport
von Jacqueline Hofer
Seite 7

Parlamentsgemeinden
Weniger Symbolik,
mehr Substanz gefragt
von Kevin Husi
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Sonderparteitag
am 13.8. in
Winterthur
Seite 4

100 000 SOLDATEN GRATIS UND SOFORT

Personalmangel in der Armee: Freiwillige können Lücke schliessen

In niederschwelligen Konflikten braucht es grosse Armeestände zur Bewachung und zum Schutz der einheimischen Infrastruktur. Dezentrale Einheiten freiwilliger Reservisten wären ideal geeignet.



Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen und auf diesen aufbauen. Das ist Dissuasion – auch heute noch.

Bild: VPS/DDPS – Bettina Berger

Im Januar 2025 sind rund 12 500 junge Soldatinnen und Soldaten in die Winter-Rekrutenschule eingerückt, in der Sommer-RS waren es rund 8500. In den 1980er und 1990er-Jahren waren diese Zahlen deutlich höher.

Auch zurückhaltend gerechnet hat das Schweizer Milizsystem in der Zeitspanne von 40 Jahren über eine halbe Million Männer und Frauen mit solider militärischer Ausbildung hervorgebracht. Diese Fähigkeiten liegen brach. Die Frage liegt nahe: Warum soll man dieses Potenzial nicht nutzen?

zen? Und in welcher Form wäre dies sinnvoll?

Der Solothurner SVP-Nationalrat Rémy Wyssmann hat kürzlich eine Motion im Parlament eingereicht. Der Bundesrat sollte darlegen, wie ehemalige Angehörige der Armee ihren Beitrag zur Landesverteidigung auf freiwilliger Basis leisten können. Mit den jahrgangsweisen Entlassungen aus der Dienstpflicht sinkt der Effektivbestand der Armee bis 2030 auf unter 140 000 Angehörige. «Die Lücken können geschlossen werden, indem motivierten

ehemaligen Armeeangehörigen ermöglicht wird, ihre erworbenen Fertigkeiten weiterhin im Interesse des Landes zu nutzen», schreibt Wyssmann in der Motion. Viele bürgerliche Politiker unterstützen den Vorstoss.

Föderalistisch, dezentral, wirksam
Künftige Konflikte werden sehr lange dauern. Der monate- oder gar jahrelange Einsatz von ausgebildeten Sicherheitskräften ist ohne Einsatz von Reservisten nicht finanzierbar. Es gibt in der Schweiz Hunderte Stauseen, Stromwer-

ke, Tausende Brücken und Tunnels, die potenziell gefährdet sind. Permanente Bewachung und bewaffneter Schutz dieser Objekte ist mit dem in der SVP-Motion geforderten Einsatz von ehemaligen Angehörigen der Armee machbar. Solche Einheiten dienen der Landesverteidigung auf Milizbasis und haben Kommandantenstatus gemäss Völkerrecht. Er ist mit dem Bundesgesetz betreffend Grösse der Armee vereinbar, da es Hilfsstruppen sind.

Die Einheiten sind dezentral organisiert. Als Ausrüstung genügt eine einfache Uniform, persönliche Waffe und Taschenmunition. Dazu gehören Aufklärungsdrohnen zur Geländeüberwachung und durchaus auch Kampfdrohnen für die Nah-Verteidigung.

Es braucht eine Auffrischung des Könnecks inklusive eines bestandenen «Obligatorischen». Angesichts der bereits absolvierten militärischen Grundausbildung wäre ein zweiwöchiger Wiederholungskurs ausreichend. Eine Sicherheitsprüfung der Freiwilligen ist natürlich notwendig, ebenso eine Abklärung hinsichtlich körperlicher und geistiger Fitness.

Historisches Vorbild

Das Vorbild ist die Ortswehr der Schweiz von 1940. Beim Kriegsausbruch 1939 war die Schweizer Armee mangelhaft ausgerüstet. General Guisan und der Bundesrat beschlossen den Aufbau einer Miliztruppe, welche die regulären Streitkräfte unterstützt. Die historischen Zahlen sind beeindruckend: Innerhalb von sieben Monaten, von Januar bis August 1940, stieg der Totalbestand auf über 125 000 Freiwillige in über 2800 Ortswehr-Gemeinden. Die Einsatzdoktrin

einer heutigen Ortswehr wäre vergleichbar mit damals. Es geht um Schutz und Bewachung kritischer Infrastruktur, Patrouillen zu Fuss und mit Drohnen oder Kontrolle von Munitionsmagazinen und Armeefahrzeugparks.

Ebenso wichtig sind Verteilung von Wasser und Lebensmitteln bei Verschärfung der Konflikte. Solche Dienste sind extrem personalintensiv. Sie sind auch langweilig und mühsam. Ein Bewachungsdienst im Turnus-Modus mit freiwilligen Ortskundigen in einer Ortswehr auf Gemeindeebene, integriert in die kantonalen Einheiten der Armee, wäre effizienter und günstiger als mit Kampfeinheiten.

Maximal dissuasiv

«Dissuasion» ist ein Ausdruck aus der Konflikttheorie. Früher alltäglich, ist das Konzept etwas in Vergessenheit geraten. Es bedeutet Abschreckung: Wille und Fähigkeit zur Selbstverteidigung, um einen Angriff zu verhindern. Eine Hornisse ist dissuasiv mit defensiver Strategie, Signalfarben und Stachel.

In der kritischen Zeit von 1940 fanden sich innert kürzester Zeit über 100 000 Freiwillige zum Dienst. Die Behauptung ist nicht vermessen, dass bei einer Verschärfung der Bedrohungslage in Europa – zweifelt noch jemand? – erneut viele standfeste Eidgenossen Land und Leute schützen würden.



Martin Bürlmann
Alt Gemeinderat SVP
Wettingen AG

Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!



Wann: Mittwoch, 27. August 2025, 14 - 17 Uhr
Was: mit Nationalrat Martin Hübscher
zur Individualbesteuerung und zum «Recht auf Heimat»
und Nationalrat Gregor Rutz
zum Eigenmietwert und zur Mietpreisbremse
Verpflegung: Kaffee und Kuchen
Boarding: 13:45 Uhr
Wo: Zürichsee, MS Etzel, MS Etzel, Bootssieg 6
Anmeldung: seminar@svp-zuerich.ch
oder Tel. 044 217 77 66
Alles offeriert!

ausgebucht

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!
SVP Kanton Zürich





Christoph
Mörgeli

Verkehrtes aus der Managerschweiz

Die Roche-Managerin Annette Luther ist Präsidentin von scienceindustries und Vorstandsmitglied von economiesuisse. In der «NZZ» wirbt sie für den EU-Unterwefungsvertrag. Ähnlich politisiert hat 2018 der damalige österreichische Roche-Spitzenmanager Severin Schwan – auch bekannt als letzter Vizepräsident der kaputtgemachten Credit Suisse. Der einst bestbezahlte CEO aller börsenkotierten Unternehmen Europas bezeichnete die Begrenzungsinitiative als «Gift für den Standort Schweiz». Denn seine Firma sei «auf die besten Köpfe angewiesen».

Nun hätte die SVP-Initiative keinen einzigen der «besten Köpfe» verhindert. Dafür die Möglichkeit des Zustroms für 500 Millionen EU-Bürger. Im Interview mit Roche-Frau Annette Luther benennt die «NZZ» den Anbindungsvertrag mit dem Gaunerwort «Marktzugangsabkommen». Wie wenn der Schweiz ohne dieses Knebelwerk der EU-Markt verschlossen wäre. Luther behauptet: «Der Wohlstand in der Schweiz ist in den letzten 25 Jahren enorm gewachsen.»

In Wahrheit entwickelte sich das Bruttoinlandprodukt pro Kopf als Mass des Wohlstands so: 1948 bis 2001 betrug das jährliche Wohlstandswachstum pro Kopf 1,83 Prozent. Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit – Mitte 2007 bis 2024 – beträgt es gerade noch 0,54 Prozent. Weil die Schweizer den Wohlstand mit viel mehr Zuwanderern teilen müssen. Auch die Produktivität hat sich seit Einführung der Personenfreizügigkeit massiv abgeschwächt. Weiter behauptet Annette Luther, «für uns als forschungsintensive Industrien» seien «die Abkommen zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU wirklich wichtig». Dabei hat eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo, der Denkfabrik Econpol und der Mailänder Universität Bocconi das Gegenteil ergeben: Von den jährlich zehn Milliarden Euro des EU-Forschungsprojekts Horizon fliessen nur gerade 7,5 Prozent in «effektive» Projekte. Der Löwenanteil versickert in Brüssels Monsterbürokratie und dient den grossen, etablierten Konzernen als Finanzierungsquelle. Denn die einzige Wirtschaft mit Dauerkonjunktur ist die Cliquenwirtschaft.

JA ZU EINER AUSGEWOGENEN UND FAIREN REFORM

Eigenmietwert endlich abschaffen

Am 28. September 2025 stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Abschaffung des Eigenmietwerts ab – ein längst fälliger Systemwechsel. Die heutige Besteuerung von Wohneigentum ist ungerecht, denn Wohneigentümer bezahlen mit dem Eigenmietwert Steuern auf Einkommen, das es gar nicht gibt.



Nina Fehr Düsel
Nationalrätin SVP
Küschnacht

Der Eigenmietwert ist ein fiktiver Ertrag, den man erzielen könnte, wenn man sein Haus oder seine Wohnung vermieten würde. Aber dieses Einkommen gibt es nicht, da man die Immobilie ja in aller Regel selbst bewohnt. Mit dieser Geistersteuer bestraft man die Wohneigentümer und belastet junge Familien und ältere Menschen, die sich Wohneigentum kaum leisten können.

Die ungerechte Geistersteuer beim Wohneigentum trifft alle, die Wohn-

eigentum besitzen, erwerben wollen oder erben. Der Eigenmietwert bestraf auch zukünftige Wohnträume von Mietern und Mietern. Denn durch diese Steuer wird Eigentum noch weniger erschwinglich.

Der Mittelstand wird entlastet

Von der Gegenseite wird gerne behauptet, dass es ja primär die Reichen sind, die sich Wohneigentum leisten können.

Gemäss Erhebungen des Bundes sind vom Eigenmietwert jedoch Menschen mit tiefem Einkommen besonders betroffen. Oft sind dies Familien oder Rentnerinnen und Rentner. Die steuerliche Belastung älterer Leute ist problematisch, denn Wohneigentum ist Teil der Altersvorsorge.



Damit der Traum real wird: Mit der Abschaffung des Eigenmietwerts werden sich auch Familien wieder vermehrt den Kauf von Wohneigentum leisten können.

Bild: Adobe Stock

RECHT GEGEN REALITÄT

EuGH-Urteil fördert illegale Migration und untergräbt Souveränität

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) fährt migrationskritischen EU-Staaten regelrecht in die Parade. Er erschwert die Bezeichnung von Staaten als sichere Herkunftsstaaten. Sogar die «NZZ» meint, dass hier realitätsfremde Richter den Kampf gegen die illegale Migration erschweren würden.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Die Richter in Luxemburg erklärten, dass Länder nur dann als «sichere Herkunftsstaaten» gelten dürfen, wenn die gesamte Bevölkerung dort sicher sei.

Zuwanderung aufgewertet

Das Urteil betrifft vor allem beschleunigte Asylverfahren, wie sie etwa Italiens in Zentren auf albanischem Boden plante. Das Vorgehen der Luxemburger Richter untergräbt nicht nur die Souveränität nationaler Migrationspolitik, sondern gefährdet auch zukünftige Projekte zur Begrenzung der Zuwanderung, sagt zum Beispiel Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni.

Und die verfassungsmässige Ordnung?

Für viele Migranten, die es in einen EU-Staat schaffen, würde ein dauerhaftes Bleiberecht faktisch wahrscheinlicher, weil Rückführungen zunehmend erschwert würden. Damit würde die Handlungsfähigkeit der Staaten im Bereich der Migrationssteuerung erheblich eingeschränkt. Nach ständiger Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichts – etwa in den Solange- und Lissabon-Urteilen – darf die Europäische Union die demokratische Selbstbestimmung des deutschen Volkes nicht aushöhlen. Weitgehend heisst

das: Wenn europäische Rechtsprechung die verfassungsmässige Ordnung oder die politische Souveränität untergräbt, kann das deutsche Recht Vorrang beanspruchen. Ob diese Praxis jedoch weitergeführt wird, ist eher skeptisch zu beurteilen. Das zeigt auch der Entschluss der deutschen Regierung, ultralinke Kandidatinnen als Verfassungsrichterinnen vorzuschlagen.

Das aktuelle Urteil zeigt auch, dass es unbedingt im Interesse eines Staates ist, dass ein Land der Europäischen Union seine rechtliche Autonomie und volle verfahrenstechnische Souveränität in vitalen Belangen seiner Innenpolitik unbedingt behalten muss. Dies ist jedoch kaum noch möglich. An diesem Beispiel zeigt sich eben, dass die Rechte eines EU-Landes nicht mehr gesichert sind.

Idealistische Vorstellungen

Die Entscheidung beruht auf einer idealistischen Vorstellung von offenen Grenzen, die in der heutigen Welt nicht eingehalten werden kann. Die Sicherheitsbedenken, die viele EU-Mitgliedstaaten dazu veranlassen, ihre Binnengrenzen zu kontrollieren, sind real und sollten nicht leichtfertig abgetan werden. Das Urteil des EuGH sendet ein gefährliches Signal an potenzielle illegale Migranten und Schlepperbanden, die versuchen, die EU-Grenzen zu überwinden. Es ermutigt regelrecht zu einem erhöhten Migrationsdruck auf die Mitgliedstaaten. Schliesslich werden die Bemühungen, die Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, regelrecht untergraben.

Zudem wird mit diesem Systemwechsel gleichzeitig auch der Abzug von Schuldzinsen und Unterhaltskosten eingeschränkt. Fairness und Gleichbehandlung gegenüber Mietern ist somit absolut gegeben. Bisher wurden die Eigentümer in der Schweiz einfach immer benachteiligt – diese Ungerechtigkeit soll nun aufgehoben werden.

Mehr Fairness und Selbstverantwortung

Heute fördert der Staat die Verschuldung von Privaten. Das kann nicht das Ziel sein. Denn der Eigenmietwert bestraf alle, die ihre Schulden zurückzuzahlen. Man fährt steuerlich besser, wenn man verschuldet bleibt.

Mit der Abschaffung der Eigenmietwert-Steuer wird die Eigenverantwortung gestärkt. So ermöglicht die Abschaffung des Eigenmietwerts sicheres Wohnen im Alter und ebenso die Tragbarkeit von Wohneigentum. Viele Schweizerinnen und Schweizer fragen sich schon lange, wann der Eigenmietwert endlich abgeschafft wird. Nun haben wir im September die Möglichkeit, diesen Systemwechsel einzuführen.

Ausgewogene Vorlage

Die Reform enthält folgende Kernelemente: Es gibt keine Besteuerung des Eigenmietwerts mehr bei selbst genutztem Wohneigentum am Hauptwohnsitz und bei Zweitliegenschaften. Der Abzug der Unterhaltskosten bei vermieteten und verpachteten Immobilien bleibt bestehen; ebenso ein proportionaler Schuldzinsabzug. Der Abzug von privaten Schuldzinsen wird beschränkt. Ersterwerber von selbst genutztem Wohneigentum haben einen

speziellen Schuldzinsabzug während zehn Jahren. Damit gelten ausgewogene und faire Bestimmungen.

Die Reform der Wohneigentumsbesteuerung besteht aus zwei Vorlagen:

- Vorlage A: «Bundesbeschluss über den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung» (Abschaffung Eigenmietwert);
- Vorlage B: «Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften».

Nur wenn Vorlage B angenommen wird, kann auch Vorlage A in Kraft treten – die beiden Elemente sind also eng miteinander verknüpft, auch wenn formal nur über die Liegenschaftssteuer abgestimmt wird. Ob die Kantone dann tatsächlich eine Objektsteuer auf Zweitliegenschaften einführen, können sie jeweils selbst bestimmen, angepasst auf ihre Bedürfnisse.

Unterhaltsarbeiten bleiben attraktiv

Es wird höchste Zeit, diesen Systemwechsel einzuführen. Auch mit Annahme der Reform kann und wird man seine Liegenschaft immer noch attraktiv sanieren und unterhalten. Denn dies ist im Sinne jedes Wohneigentümers, auch für den Werterhalt der Liegenschaft. Der Unterhaltsabzug war nie Hauptmotor der Bauwirtschaft. Zudem wird energetisches Sanieren sowieso in fast allen Kantonen entschädigt. Dies wird auch zukünftig attraktiv sein. Die Abschaffung des Eigenmietwerts entlastet die Wohneigentümer. Und wenn sie mehr Geld in der Tasche haben, wird tendenziell auch mehr in die Liegenschaften investiert. Davon profitiert auch die Bauwirtschaft.

Stimmen Sie Ende September JA zum fairen und ausgewogenen Bundesbeschluss, damit die Eigenmietwert-Steuer endlich abgeschafft wird.

Unverschämtes Urteil

Und die Schweiz? Die EU-Verträge bedrohen unsere Souveränität; fremde Richter sollen über unsere Gesetze urteilen und Milliarden-Zahlungen werden hinter dem Rücken der Bevölkerung verhandelt. Das Urteil betrifft auch die Schweiz. Auch sie muss über

sichere Drittstaaten entscheiden. Der Schengen-Ausschuss muss Vorgaben machen, welche die Schweiz in der Praxis sofort umsetzt. SP-Bundesrat und Asylminister Beat Jans hat bewiesen, dass er sofort liefert, wenn Brüssel fordert. Dieses Urteil des Europäischen Gerichtshofs ist unverschämmt. Es gefährdet Sicherheit und Souveränität. Die Zukunft wird zeigen, welche genauen Auswirkungen es noch mit sich bringt.



Das EuGH-Urteil betrifft auch die Schweiz und gefährdet unsere Sicherheit und Souveränität.

Bild: Pixabay

AUS DEN RATSFERIEN

Bürokratie macht keine Ferien

Während der Kantonsrat Sommerpause macht, kennt die Bürokratie keine Ferien. Obwohl es keinen Politiker gibt, der sagt, er finde Bürokratie gut, wird diese immer schlimmer. Bis in die hinterste Ecke unseres Lebens ist alles reglementiert. Nichts geht mehr ohne Gesetze und Formulare. Ferien in anderen Ländern zeigen, dass es auch mit weniger ginge.



Tobias Infortuna
Kantonsrat SVP
Egg

Vielelleicht sind Sie gerade aus den Ferien zurückgekehrt, wo Sie in einem Laden einkauften, der dem Staat keine Gebühr für den Pflanzentopf neben dem Eingang entrichten musste. Vielleicht waren Sie außerhalb des Bevormundungsbereichs der EU, wo Sie aus einer PET-Flasche mit abnehmbarem Deckel trinken durften. Vielleicht haben Sie sogar eine Strasse überquert, dessen Mittelinsel nicht auf den Millimeter genau gleich breit war wie diejenige hundert Meter weiter. Trotzdem haben Sie Ihre Ferien auf wundersame Weise überlebt und sind wieder in der Schweiz, wo jedes Detail geregelt ist.

Für andere absurd, bei uns Realität

Wenn Sie Leuten aus der Bevölkerung Ihres Feriendomizils erzählt haben sollten, dass man bei uns eine Bewilligung benötigt, wenn man auf dem eigenen Grundstück ein kleines Gartenhäuschen aufstellen will, dass ein Einkaufszentrum nicht gebaut werden darf, weil zu viele Parkplätze geplant sind, oder dass ein Glacéstand den Betrieb einstellen muss, weil er zu nahe am See steht, haben die Zuhörer bestenfalls gedacht, man nehme sie auf den Arm. Die Chance ist allerdings gross, dass man Sie für komplett verrückt erklärt und in eine Klinik eingeliefert hat, denn zu absurd klingen solche Beispiele, die bei uns Realität sind. In solchen Fällen wird jeweils fragend auf unsere direkte Demokratie verwiesen. Ja, die gibt es, und natürlich kann nicht jedes Detail an der Urne entschieden werden, aber immer häufiger wird auf Verwaltungsebene gehandelt, obwohl die grosse Mehrheit der Bevölkerung nicht das geringste Bedürfnis danach ausserte.

Eine selbstständige Endlosspirale

Inzwischen hat die staatliche Einmischung in unseren Alltag mit Vorga-

ben und Formularen ein Ausmass angenommen, das uns alle immer mehr Zeit, Geld und Nerven kostet. Will man etwas davon rückgängig machen, geht das nur über die Gesetzesebene. Das dauert dann Jahre. Bis dahin gibt es tausend neue Bestimmungen, die sich die öffentliche Verwaltung ausgedacht hat. Diese wächst deutlich schneller als die Bevölkerung, denn immer mehr Paragraphen erfordern immer mehr Leute, die diese bewirtschaften. Eine Endlosspirale, die sich verselbstständigt hat.

Niemand hat den Überblick

Eine Anfrage, die neulich dem Regierungsrat gestellt wurde, bestätigt diesen Missstand. Gewünscht wurde eine Auskunft über die Anzahl der Kommunikationsmitarbeiter in der kantonalen Verwaltung. Die Frage konnte nicht beantwortet werden. Niemand hat den Überblick. Derselbe Staat also, der von Bevölkerung und Firmen lückenlose Auskunft über jeden Franken, jeden Angestellten und jede Tätigkeit verlangt, ist selbst nicht in der Lage, sol-

che Fragen zu beantworten. Für Firmen und Private hätte dies Konsequenzen: Geldbussen oder sogar Entzug der Zulassung. Nicht so beim Staat. Dort sitzen viel zu viele Leute, die, während Sie diese Zeilen lesen, schon wieder ein neues Problem erfunden haben, das sie lösen könnten.

Fachstellen statt Menschenverständ

Fragen Sie sich tatsächlich, ob zu viel Zucker gut oder schlecht für die Gesundheit ist, wenn Sie dazu keine Broschüre einer staatlichen Fachstelle lesen? Sind Sie unsicher, ob Kinder Alkohol trinken oder Zigaretten rauchen dürfen, wenn an den Verkaufsstellen kein Hinweisschild dazu hängt? Wir sind auf dem Weg, den gesunden Menschenverstand und die Freiheit auszulöschen, wenn nicht endlich Leute ans Ruder kommen, die sich getrauen, gegenüber der öffentlichen Verwaltung «stopp» zu sagen. Andernfalls werden Sie bald einen Antrag schreiben müssen, um ein Glacé essen zu dürfen.



Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis uns der Staat auch noch den Glacékonsum reglementiert.

Bild: Pixabay

WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

Gedanken zum 1. August

Am 1. August feierten wir den Geburtstag der Schweiz – den Bund von Uri, Schwyz und Unterwalden. Damals war es ein einfacher Text, nicht einmal eine A4-Seite lang. Und doch legte der Bundesbrief das Fundament für bereits über 700 Jahre Freiheit, Eigenverantwortung und Stabilität. Heute steht diesem kurzen Erfolgsrezept ein 1889-seitiger EU-Vertrag gegenüber – voller Schönwetter-Rhetorik und juristischer Floskeln, der unsere Souveränität und unsere direkte Demokratie gefährdet. Dieser Vertrag ist kein Handelsvertrag, wie der Bundesrat uns verkaufen will. Es ist der hinterhältige Versuch eines Systemwechsels. Ein neues System ohne Freiheit und Selbstbestimmung. Die Frage lautet: Bundesbrief oder EU-Unterwerfungsvertrag? Für alle, die die Schweiz lieben, ist die Antwort klar: Wir wollen frei sein, ein Volk von Brüdern und Schwestern – auch in Zukunft.

Bewahren, was die Schweiz ausmacht

Wirtschaftliche Prosperität ist wichtig, ohne Frage. Doch wollen wir wirk-

lich immer weiter wachsen? Mehr Menschen, mehr Beton, mehr Verkehr – und gleichzeitig immer weniger Platz für Landwirtschaft, Natur und Lebensqualität. Unsere Landwirtschaft ist gefährdet: Seit 2000 ist ihre Fläche um 3% gesunken, pro Kopf sogar um 23%. Gleichzeitig leben 1,8 Millionen mehr Menschen in der Schweiz. Weniger Fläche pro Person bedeutet weniger Ernährungssicherheit und mehr Abhängigkeit vom Ausland. Ich will, dass meine Kinder in einer Schweiz mit heimischen, ökologischen und tierfreundlich produzierten Nahrungsmitteln von Schweizer Familienbetrieben aufwachsen können. Und dass sie unsere wunderbare Naturlandschaft noch erleben dürfen! Ich bin mir sicher, das wollen die meisten Schweizerinnen und Schweizer auch. Nun liegt es an uns, dass unser Wunsch Realität wird.

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Wenn wir Probleme betiteln, müssen wir aber auch ihren Ursprung benennen. Der «Elefant im Raum» ist nicht der eine Ausländer – sondern das Tempo der Nettozuwanderung. Es be-

lastet unsere Infrastruktur, verdrängt Naherholungsräume und treibt die Wohnkosten in die Höhe.

Die Politik darf nicht länger hoffen, dass sich diese Statistik von alleine normalisiert. Es ist Zeit, zu handeln! Unser Land hat immer Mut bewiesen, wenn es eng wurde. Jetzt braucht es wieder diesen Pioniergeist: Klare Ziele, Wachstumsgrenzen, Technik, die Ressourcenverbrauch senkt, und vor allem: Ehrlichkeit. Nicht eingepackt in 1889 Seiten EU-Vertrag, sondern offen, direkt, schweizerisch.

Feiern wir eine Schweiz, die sich treu bleibt, indem sie Probleme nicht verschweigt. Damit unsere Kinder am 1. August 2050 sagen können: «Danke, dass ihr gehandelt habt.» Merci für Ihre Unterstützung dabei.



von
Domenik Ledergerber

KOMMENTAR ZUR KANTONSPOLITIK

Sommerferien 2025 – Regen und Feste feiern

Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Die drei Grundpfeiler in diesem Zusammenhang sind die richtige Themensetzung (Partei- & Wahlprogramm), Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit. Dazu sollten die Parteien jetzt eine Bilanz veröffentlichen! Die Wählerschaft hat ein Anrecht, zu erfahren, was im Wahlkampf 2022 von wem versprochen und was eingehalten wurde. Auch stärkt es die Glaubwürdigkeit, wenn die personellen Fragen geklärt sind. Es war an politischer Dramatik nicht zu überbieten, wenn frisch gewählte Mandatsträgerinnen kurz nach den Wahlen Partei und Fraktion wechselten oder sogenannte Kommunikationsprofis «abschalteten» und im Keller auf ein Bild von «Mutter und Kind» schossen... eine Diskussion über den religiösen Hintergrund erübrigte sich.

Auch können die übermässigen personellen Wechsel in den Fraktionen nicht durch Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik oder über die Belastung (bei fürstlicher Entschädigung) abgehandelt werden. Die SVP hat mit ihrer verlässlichen Politik, der klaren Linie und den glaubwürdigen Exponenten die besten Karten für die Gemeindewahlen 2026.

Sollen Alternative, Linke, Grüne und Grünliberale doch nur ansatzweise versuchen, dem von ihnen verschaukelten Wähler zu erklären, welches Schicksal ihre uto-pistischen Träume ereilte. Denn eines muss man dem polternden Präsidenten aus Übersee lassen: Die im Wahlkampf gemachten Versprechen werden gnadenlos und ohne Rücksicht auf Verluste umgesetzt. Kleine Ausnahme: Wenn seine Person unvorteilhaft in Skandale und Affären verstrickt ist, dann soll es in Vergessenheit geraten...

Nachdem der Juni 2025 gleich grosse Versprechen, wie die reisefreudigen Sozis, auf einen Hitzesommer abgegeben hatte, war der Juli so nass und verregnet wie seit Jahren nicht mehr. Für viele Feste heißt das: feiern im Regen oder vom Gewitter gezeichnet ausharren. Die Branche hofft auf einen besseren August. «Bundesfeier nass», aber wie seit gut dreissig Jahren darf die «Street Parade 2025» auf Sonne hoffen...

Und auch bei den US-Zöllen stehen wir – die Schweiz – zurzeit im «Trump-Regen»: das passt doch gut in ein pessimistisches Weltbild. Doch jetzt zu jammern und Forderungen an die Politik zu stellen, ist schon etwas unbedarf. Es ist sicher besser, sich auf traditionelle Schweizer Tugenden und Werte, unsere Stärken, zu besinnen und vorwärtszuschauen. Kniefall und Vogel-Strauss-Politik helfen da nicht weiter. Wer nur unweit über das Jahresende schaut, sieht ein kommunales Wahljahr vor sich. Es gilt also, die Weichen richtig zu stellen!

Es bleibt mir nur noch, Ihnen schöne Ferien und einen kritischen Blick auf die Politik zu wünschen. Nehmen Sie an Abstimmungen und Wahlen teil, dann können Sie Fehlentwicklungen bremsen oder gar verhindern. Ein herzliches Dankeschön!



In bewegten Zeiten braucht es Orientierung: Die SVP bleibt mit ihren drei Grundpfeilern Themensetzung, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der Kompass für unser Land.



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der **SVP Kantonsratsfraktion** zu sehen.



JUNGI SVP – MIR REDET #KLARTEXT!

Weg mit der Geistersteuer!

Wohneigentümer werden heute für ihren Besitz bestraft. Denn sie zahlen eine Einkommenssteuer auf ein Einkommen, das gar nicht existiert. Jetzt haben wir endlich die Chance, dies zu korrigieren und den Eigenmietwert abzuschaffen.



Cyrill Huber
Vorstand JSVP Schweiz,
JSVP Kanton Zürich und
SVP Zollikon
Zollikerberg

Der Eigenmietwert entstand 1934 als «Eidgenössische Krisenabgabe» mittels Notrecht und wurde im Zweiten Weltkrieg in die Wehrsteuer überführt. Damals diente er dazu, den Staat gegen die Weltwirtschaftskrise und den Nationalsozialismus zu wappnen. Beides haben wir zum Glück lange hinter uns gelassen – doch die Geistersteuer lebt weiter.

Offenbar lebt das eidgenössische Steueramt immer noch im letzten Jahrtausend, denn neunzig Jahre später bezahlen wir noch immer eine Steuer auf ein Einkommen, das wir nie eingenommen haben.

Denn der Eigenmietwert besteuert das theoretische Einkommen, das man erzielen würde, wenn man seine eigenen vier Wände vermieten würde – Achtung Konjunktiv. Eigenheimbesitzer versteuern also eine fiktive Miete, die sie «an sich selbst» zahlen – und zahlen somit Einkommenssteuern auf ein Einkommen, das nicht existiert. Dieser Logik zufolge müsste ein Teil-

zeitangestellter auch Einkommenssteuern auf ein 100-Prozent-Pensum leisten. Und wofür eigentlich? Genau: Damit der Staat dieses Geld dann im Asylwesen verbrennen kann.

In insbesondere junge Familien gehen beim Kauf eines Eigenheims ein hohes Risiko ein: Sie verschulden sich und nehmen Hypotheken auf, um in den eigenen vier Wänden unabhängig und sicher zu werden – und werden für diese Voraussicht bestraft. Die Abschaffung des Eigenmietwerts macht deshalb den Erwerb von Wohneigentum wieder attraktiver: Vor allem junge Mittelstandsfamilien profitieren und erhalten einen echten Beitrag für ihre Wohneigentumsträume.

Gleichzeitig ermöglicht das Wegfallen des fiktiven Einkommens einen schnelleren Schuldenabbau. Das eingesparte Geld fließt direkt in die Tilgung der Hypothek und verringert die Zinslast. Eigenverantwortung lohnt sich wieder – je schneller Schulden reduziert werden, desto früher gehört das Zuhause wirklich einem selbst.

Am 28. September haben wir die Chance, diese Ungerechtigkeit abzuschaffen und den Eigenmietwert endlich in die Geschichtsbücher zu verbannen. Stimmen auch Sie JA – für weniger Bürokratie, fairere Besteuerung und mehr Eigenverantwortung!

AUFRUF VON NATALIE RICKLI ZU NEUTRALITÄT UND SELBSTBESTIMMUNG

Die Zürcher Regierungsrätin stellt sich gegen die EU-Anbindungsverträge

An der Stadtkirche Feier zum 1. August rief Regierungsrätin Natalie Rickli (SVP) das zahlreich erschienene Publikum auf, das zu bewahren, was die Schweiz stark und einzigartig mache: die direkte Demokratie, die Neutralität – «und vor allem unsere Eigenständigkeit».

Die Kantone seien vom Bund aufgefordert worden, über den Sommer im Rahmen der Vernehmlassung zu den ausgehandelten EU-Verträgen Stellung zu nehmen. Das bezeichnete Rickli als «ziemliche Farce», denn die über 1800 Vertragsseiten lese wohl niemand – zumal die Verträge in Brüssel bereits fertig ausgehandelt worden seien.

Wörtlich führte die Zürcher Regierungsrätin aus: «Was wir aber bereits wissen ist, dass diese Verträge grosse Auswirkungen auf die Schweiz haben würden.

Die Schweiz würde EU-Recht übernehmen müssen, und der Europäische Gerichtshof hätte in bestimmten Streitfällen das letzte Wort. Solche fremden Richter wären das pure Gegenteil der Botschaft des Bundesbriefs von 1291. Und obendrein müsste die Schweiz Kohäsionszahlungen im Umfang von 350 Millionen Franken nach Brüssel abliefern.»

Natalie Rickli betonte, dass sie «diesen Verlust an schweizerischer Unabhängigkeit und Selbstbestimmung» kritisch sehe. Sie werde mit ihrer Stimme aber in den Kantonsregierungen in der Minderheit bleiben: Umso wichtiger scheine ihr, «dass die Bevölkerung und zwingend auch die Stände über die ausgehandelten EU-Verträge abstimmen können».

Die Bedeutung der Sicherheit und Neutralität

Die Schweizerinnen und Schweizer dürfen dankbar sein, in Sicherheit leben zu dürfen. Jeder und jede Einzelne sei abgesichert und müsse nicht in Angst leben. «Aber nicht nur jeder Einzelne, auch unser Land als Ganzes darf in Sicherheit leben. Wir wurden vor zwei schrecklichen Weltkriegen bewahrt und blicken zurück auf eine weit über 200-jährige Friedensperiode. Daran sollten wir uns besonders erinnern in Zeiten, in denen der unvorstellbare Krieg wieder nach Europa zurückgekehrt ist.»

Dazu betonte die SVP-Magistratin: «Dass wir vor Kriegen verschont blieben, verdanken wir einem unsichtbaren Konzept, einem unsichtbaren Schutzschild für unsere Bevölkerung: der immerwährenden Neutralität. Niemand ist unser Feind, wir holen uns keine Konflikte ins Land. So wie wir eine Krankenversicherung haben, ist die Neutralität eine Art Lebensversicherung für die Schweiz.»

Die Verantwortlichen sollten diese Neutralität nicht nach Belieben dehnen oder flexibel auslegen: «Neutralität ist kein Spielraum, sondern ein Grundprinzip. Die Neutralität ist nämlich nicht für die Bundesräte, die Regierungsräte, nicht für die Politiker geschaffen worden. Sondern für die Schweizer Bevölkerung, damit sie nicht in Konflikte und Kriege hineingezogen wird.

Die Schweiz soll und will ihre immerwährende Neutralität dazu nutzen, Konflikte auf der ganzen Welt zu verhindern und zu lösen. Die Schweiz steht als Vermittlerin zur Verfügung. Denn die Schweiz steht nicht nur für das weiße Kreuz im roten Feld. Sondern auch für das rote Kreuz im weißen Feld, kurz: Für das Rote Kreuz, das überall unparteiisch hilft, wo Not herrscht.»

Dankbarkeit für ein starkes Gesundheitssystem

Die Zürcher Gesundheitsdirektorin rief aber auch zur Dankbarkeit gegenüber unserem Gesundheitswesen auf. Die Lebenserwartung in der Schweiz sei

eine der höchsten der Welt. Das verdanken wir einer wirksamen medizinischen Versorgung, einem immer gesünderen Lebensstil, guten Lebensbedingungen, nicht zuletzt auch der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität und einem massiven Rückgang der Säuglingssterblichkeit.

Die medizinische Entwicklung trage dazu bei, dass wir gesund altern könnten. Medizinische Eingriffe wie künstliche Knie- oder Hüftgelenke hilfen bei Beschwerden, die früher grosse Schmerzen verursacht und sportliche Tätigkeiten verunmöglich hätten.

Auch viele chronische Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Probleme oder Diabetes seien heute besser behandelbar. Medikamente und Eingriffe – etwa das Einsetzen von Stents bei Patienten mit Herzbeschwerden – ermöglichen es den Menschen, auch nach ernsthaften Erkrankungen gut weiterzuleben.

Einsamkeit – eine unterschätzte Gesundheitsgefahr

Natalie Rickli warnte allerdings vor der Vereinsamung, die vor allem, aber nicht nur ältere Mitmenschen betrifft: «Einsamkeit ist zwar keine Krankheit im engeren medizinischen Sinn, aber sie kann krank machen. Studien zeigen: Sie wirkt auf die Gesundheit ähnlich schädlich wie Rauchen oder starkes Übergewicht.»

Familien, Freundschaften, Vereine und Kirchen würden der Vereinsamung entgegenwirken. Die Zürcher Gesundheitsdirektion habe gezielt Programme zur Unterstützung der Gemeinden etabliert.

«Ein gutes Mittel gegen Einsamkeit» sei laut Natalie Rickli «auch unser Zusammentreffen heute am 1. August». Sei es im Zürcher Grossmünster oder beim anschliessenden Nachmittagsprogramm auf dem Zwingliplatz. Sei es auf dem Dorfplatz in einer der 160 Gemeinden im Kanton Zürich. Oder bei der Feier mit der Familie oder Freunden im Garten.

Christoph Mörgeli,
Alt Nationalrat SVP,
Stäfa

Einladung zum Sonderparteitag SVP Kanton Zürich, 13. August 2025

Präsentation der neuen kantonalen Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt»

Programm:

- 18:30 Uhr: Eintreffen/Spiis + Trank
- 19:30 Uhr: Start Sonderparteitag
- ca. 19:40 Uhr: Grusswort Regierungsrätin Natalie Rickli
- ca. 19:45 Uhr: Rede von Nationalrat Marcel Dettling
- ca. 20:00 Uhr: Rede von Nationalrat Thomas Matter
- ca. 20:15 Uhr: Rede von Kantonsrat Domenik Ledergerber
- Beschlussfassung Kantonale Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt»

Wann:

Mittwoch, 13. August 2025

Wo:

Neumarkt-Platz, 8400 Winterthur



Mit gratis Spiis und Trank!

Festzelt vorhanden (bei Schlechtwetter)

Es sprechen zu Ihnen:



Natalie Rickli
Grusswort



Marcel Dettling
«Zuwanderung, Asylchaos und EU-Vertrag»



Thomas Matter
«Keine 10-Millionen-Schweiz statt Wohnungsnot»



Domenik Ledergerber
Initiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt»



Spenden: CH84 0070 0114 8037 2612 2

VERANSTALTUNGSHINWEIS: SVP-SONDERPARTEITAG IN WINTERTHUR

Lancierung der Initiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt»

Am 13. August 2025 lädt die SVP des Kantons Zürich zum Sonderparteitag nach Winterthur. Im Mittelpunkt des Abends steht die Präsentation und Beschlussfassung der neuen kantonalen Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt», mit der sich die SVP für mehr Wohnraum für die einheimische Bevölkerung einsetzt.

Zugleich markiert dieser Sonderparteitag den Startschuss für die Gemeinde-Gesamterneuerungswahlen im kommenden Frühling – ein wichtiger Moment für die SVP, um ihre politischen Ziele frühzeitig zu positionieren.

Der Anlass beginnt um 18.30 Uhr mit gratis Spiis und Trank für alle Besucherinnen und Besucher. Der offizielle Teil startet um 19.30 Uhr mit einem abwechslungsreichen Programm und prominenten Rednern: Regierungsrätin Natalie Rickli eröffnet den Parteitag mit einem Grusswort, gefolgt von einem Referat Marcel Dettlings, Natio-

nalrat und Präsident SVP Schweiz, zu «Zuwanderung, Asylchaos und EU-Vertrag». Nationalrat Thomas Matter wird in seiner Rede den Zusammenhang zwischen Masseneinwanderung und Wohnungsknappheit thematisieren. Den Höhepunkt bildet Kantonsrat und Kantonalparteipräsident Domenik Ledergerber, der die neue kantonale Volksinitiative «Recht auf Heimat – Wohnige für eusi Lüüt» vorstellt. Im Anschluss folgt die Beschlussfassung zur Initiative, mit der die SVP ein starkes Zeichen gegen Wohnungsknappheit und für die einheimische Bevölkerung setzen will.

Die SVP des Kantons Zürich freut sich auf eine grosse Teilnahme an diesem bedeutenden Anlass – für das «Recht auf Heimat» und einen starken Wahlauslauf.

Weitere Informationen zu dem Sonderparteitag entnehmen Sie dem nebenstehenden Inserat sowie unserer Webseite www.svp-zuerich.ch.

MASSIVE SELBSTÜBERSCHÄTZUNG DER BUNDESPRÄSIDENTIN

Zollschatz aus Washington – ein Signal gegen den Realitätsverlust

Das Zollverdikt von Donald Trump erstaunt nur jene, welche die Realitäten unterschätzen. Es war ein Faustschlag in die Magengruben mit Ansage. Was steckt dahinter?



Bernhard im Oberdorf
Kantonsrat SVP
Zürich

Der Zollhammer von Donald Trump hat den Schreibenden höchstens in der Höhe überrascht, denn eine Politik in diese Richtung war zu erwarten. So titelten wir am 15. November 2024 mit «US-Wahlen: Harter Aufschlag in der Realität», als viele Trumps Wahl bejubelten. Das Jubeln ist vielen vergangen.

Schaden trotz Hofieren

Natürlich wird nun darüber spekuliert, dass diese 39 Prozent nicht so in dieser Höhe bleiben würden: Verhandlungstaktisch mag dieser extreme Zollsatz dazu dienen, andernorts Zugeständnisse durchzudrücken. Es sind schon Briefe von Donald Trump auf verschiedenen Tischen, mit denen ultimativ eine Senkung der Medikamentenpreise in den USA gefordert werden: So macht man sich bei den eigenen Wählern populär, auf Kosten anderer. Auch eine Verlagerung von Produktionsstätten in die USA ist ein Szenario – mit den Folgen von Arbeitsplatzverlusten hierzulande. Wie es auch immer weitergeht, der grosse Schaden ist auf jeden Fall angerichtet.

Wie konnte es so weit kommen? An Handreichungen hat es nicht gefehlt. Man erinnere sich an die Unverständnis auslösende Brandrede von JD Vance an der Sicherheitskonferenz in München, für die Bundespräsidentin Karin Keller-Sutter in Teilen Verständnis zum Ausdruck brachte; mit der Folge eines weitreichenden Kopfschüttelns hierzulande. Stolz verwies man darauf, dass sie eine der wenigen und ersten unter den Staatschefs sei, der Donald Trump am Telefon sein Ohr lieh: Zum einen Ohr hinein, zum andern hinaus, auch die Wirkung eines solchen Kniefalls war im Ziel gleich Null. Die Enttäuschung mag riesig sein, aber sie ist das Ergebnis der Verkennung von Realitäten in der aktuellen Machtstruktur.

HÜTET EUCH AM MORGARTEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entlarvt sich

Mit einem brandneuen Urteil zeigt sich, was uns bei Annahme des EU-Pakets erwartet. Selbst die eher EU-freundliche «NZZ» titelt, dass der EuGH «den Kampf gegen die illegale Migration behindert».



Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Um was geht es? Bekanntlich hat Italien versucht, Flüchtlinge aus sicheren Herkunftslanden ausserhalb des Landes unterzubringen. Das Ziel war, das eigene Land, das sehr unter den Asylanten leidet, etwas zu entlasten; gleichzeitig sollten die Asylanten sicher in Albanien untergebracht werden. Das verantwortungsvolle Vorgehen scheiterte nun jedoch als Folge eines neuen Urteils des EuGH. Dieses führte zwar scheinheilig aus, die einzelnen Länder könnten Listen der sicheren Länder führen. Dabei handelt es sich um eine reine Formalität. Materiell entscheidet der EuGH, welche Herkunftslander der Asylanten als sicher gelten. Das ist zum Beispiel für die Rückschaffung von Asylanten von grosser Wichtigkeit. Das gilt auch für das italienische Modell der Durchführung des Asylverfahrens ausserhalb des Landes.

Nicht nur im besonders betroffenen Italien fragt man sich, ob überhaupt der EuGH zuständig sei, derart in die Souveränität der einzelnen asylgeplagten Länder hineinzuregieren. Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni hat zwar die Zuständigkeit des EuGH bestritten, jedoch enttäuscht gesagt, sie müsse sich an das Urteil halten.

Konsequenz für die Schweiz

Das Urteil ist für alle EU-Staaten bindend. Für die Schweiz zwar nicht, denn sie ist nicht EU-Staat. Wenn wir jedoch dem EU-Paket zustimmen, sind wir im fraglichen Bereich nicht mehr frei. Die sogenannte Personenfreiheit ist Teil des EU-Pakets. Bei Annahme des Pakets sind wir auch an die Urteile des EuGH gebunden. Rein formell können wir die erwähnte Liste der sicheren Länder erlassen. Wie deren Inhalt aussieht, d.h., welche Länder als «sicher» gelten, bestimmen wir aber nicht mehr.

Wenn ein Zürcher Völkerrechtsprofessor vor wenigen Tagen in der «NZZ» erklärte, der EuGH verdiene unser Vertrauen, so kann ich ihm spätestens nach der Lektüre des erwähnten Urteils nicht mehr zustimmen. Ich hielt

mich während meiner jahrzehntelangen Richtertätigkeit immer an die demokratisch zustande gekommenen Gesetze; dies auch dann, wenn ich bisweilen am liebsten anders entschieden hätte. Ein Gericht muss sich an Verfassung und Gesetz halten. Es muss stets auch eine Interessenabwägung vornehmen. Für den EuGH sind nur illegale Asylanten Menschen, nicht aber die betroffene hiesige Bevölkerung.



Italien will seine Grenzen besser vor illegalen Asylanten schützen, der EuGH sagt jedoch: hereinspaziert.

Bild: Adobe Stock

UNSER LAND ZU SCHÄTZEN WISSEN

Touristen aus China

Schon letztes Jahr sind viele chinesische Touristen in die Schweiz gereist. Und 2025 dürften es noch mehr sein. Das ist gut so, denn der Tourismus ist für unser Land seit Jahrhunderten ein wichtiger Wirtschaftszweig, der gerade auch für Randregionen von grosser Bedeutung ist.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

nicht nur wegen der massiv günstigen Preise, sondern auch, weil sich in der Schweiz rechtzeitig keinen Termin finden lässt – erhält von der Garage, das ist Usanz, für einen Tag einen Mietwagen, um nach Hause fahren zu können. Grosse Unbill droht, wer dann auf einen fundamentalistischen Zöllner stösst: «Mit Wohnsitz in der Schweiz dürfen sie kein Fahrzeug mit ausländischen Konrollschildern in der Schweiz fahren», so die knappe Antwort. «Und sonst müssen sie den zwischen langen Auslandreisen dringend gewordenen Service in einer Schweizer Garage machen lassen», auch wenn das weder am 1. August noch am folgenden Wochenende möglich ist. Und die Frage, wie man dann nachts nach Hause kommt, erntet nur Spott: «Das ist nicht unser Problem.» Einfach weiterzufahren, ist unmöglich: Zu fünf stehen die Zöllner da vor Mitternacht auf Beobachtung (aus Steuergeldern finanziert) und hätten bestimmt via Kantonspolizei eine Arrestierung ausgelöst.

Handeln wirkt – nicht Schalmeien

Kein Wunder, wenn eine solche «Kultur» weitherum Unwillen auslöst. Gelangen solche Berichte der Verärgerung in die US-Administration, dann nützen auch Telefone auf höchster Ebene nichts mehr: Handeln prägt mehr als freundliche Worte.



Bundespräsidentin Keller-Sutter behauptete früh, sie habe «den Zugang zu Trump gefunden» – sie wäre vielleicht besser nach Schottland zu einer Runde Golf mit ihm gereist.

Bild: Screenshot X

SVP EGG

Erfolgreiche Bundesfeier in Egg

Bereits zum dritten Mal organisierte die SVP in Egg die diesjährige 1.-August-Feier. Im Festzelt auf dem zentral gelegenen Chilbiplatz konnten die Gäste bei diversen Grilladen, Crêpes, musikalischer Unterhaltung und überraschend sommerlichem Wetter auf den diesjährigen Geburtstag der Schweiz anstoßen.

Der Andrang aus der Bevölkerung war so gross, dass ausserhalb des Festzeltes zusätzliche Tische und Stühle für die Besucherinnen und Besucher aufgestellt werden mussten. Die 1.-August-Rede wurde von Stefan Appenzeller (Kommandant der Feuerwehr Egg) gehalten, welcher vor allem die wertvolle Arbeit der Feuerwehr näher beleuchtete und betonte, wie wichtig das lokale Engagement von Vereinsmitgliedern für die Gesellschaft sei.

Nach dem Singen des Schweizer- psalms wurden die Gäste von einem

sich um angenehme Touristen, denn die Chinesen sind sehr zurückhaltend und überaus kauffreudig. Man denke nur an die Schweizer Uhren, die viele Chinesen besser kennen als wir selber.

Gegenwärtig ist allerdings der Export von Luxusuhren nach China zurückgegangen. Denn es geht den Chinesen wirtschaftlich schlechter als auch schon – nicht katastrophal zwar, aber die Immobilienkrise hat ihre Spuren hinterlassen. Deshalb bleibt ihnen weniger zum Leben, was sich im Luxusbereich als Erstes auswirkt.

Aufs Reisen verzichten die Chinesen dennoch sehr ungern. Denn die Schweiz mit ihren Bergen, Tälern und Seen ist für sie ein so ausserordentliches Erlebnis, dass sie es nicht missen möchten. Ganz besonders anziehend wirken auf sie atemberaubende Gipfel- erlebnisse wie Pilatus, Titlis oder Jungfraujoch. Mir scheint, dass die chinesischen Tourengänger diese prächtigen Landschaften mehr zu schätzen wissen als wir «Eingeborenen».



Das motivierte Helferteam der diesjährigen Bundesfeier in Egg.

Bild: zVg

SVP BÜLACH

1.-August-Weggen-Aktion in Bülach

Die SVP Bülach überraschte die Bürger mit einer sympathischen Aktion.

Mit einem 1.-August-Weggen und einem Schöggeli, das auf die Abstimmung am 28. September gegen den Klimawahn aufmerksam macht, kam man rasch mit den Passanten ins Gespräch. Die Goodwill-Aktion stieß auf grossen

Anklang, denn die SVP zeigte auch ohne Wahlen einmal mehr Präsenz im Städtli.

Romaine Rogenmoser,
Kantonsrätin SVP



v.l.n.r.: Sven Zimmerli, Andrea Spycher, Doris Wobmann, Romaine Rogenmoser und Markus Wobmann.

Bild: zVg

Fadegrad

von
Ueli Bamert

Mit dem Zug ins Klimaparadies

Der verregnete Sommer 2025 wird nicht als Beispiel für die angebliche «Klimakrise» in die Geschichte eingehen: Manch einer hätte sich wohl ein bisschen mehr Sonne, Hitze und Badespass gewünscht. Das heisst natürlich nicht, dass der Klima-Wahn Pause gemacht hätte, wie sich an den diversen Sommerloch-Geschichten zum Thema gezeigt hat: ein Schoggibananenverkäufer, der seine Schoggibananen in der Euro-Fanzone der Stadt Zürich nicht verkaufen darf, weil diese angeblich klimaschädlich per Flugzeug importiert wurden; oder ein Kantonsrat, der seine Vizepräsidentinnen an eine völlig überflüssige Parlamentstagung nach Boston schickt, obwohl derselbe Kantonsrat der Bevölkerung das Reisen per Flugzeug wegen des Klimawandels bereits in wenigen Jahren verbieten möchte.

Ich bin diesen Sommer noch über eine weitere Geschichte gestolpert, die den um sich greifenden Klima-Wahn bestens abbildet: Wie der «Tages-Anzeiger» berichtet, werden die SBB ab 2026 eine neue Nachtzugverbindung von Basel nach Malmö in Schweden anbieten – drei Mal in der Woche hin und zurück. Das Bemerkenswerte dabei: bis 2030 muss der Bund diese Zugverbindung mit insgesamt 47 Millionen Franken subventionieren. So steht es im revidierten CO₂-Gesetz, welches die Förderung von Nachtzugverbindungen als Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels vorsieht. 47 Millionen Franken sind eine beachtliche Zahl, aber erst wenn man sich vor Augen führt, wie viel Geld für eine einzelne Fahrt verlocht wird, erkennt man das wahre Ausmass der Steuergeldverschwendungen: Pro Fahrt von Basel nach Malmö und wieder zurück werden Subventionen von rund 60'000 Franken fällig – selbstverständlich vom Steuerzahler berappt. Ziemlich viel Geld dafür, dass ein paar wenige ohne schlechtes Klimagewissen in die Ferien reisen können.

Das Schlimmste daran: Trotz der massiven Quersubventionierung dürften die Ticketpreise für eine Fahrt mit dem Nachtzug nach Schweden immer noch teurer sein als für ein Flugticket für dieselbe Strecke. Die Geschichte beweist: Reisen per Nachtzug ist unattraktiv und kann nicht rentabel betrieben werden. Das wissen auch die Beamten in Bundesbern, die Manager der SBB und das weiss selbstverständlich auch die Mehrheit des Parlaments, welches diesen Unsinn abgesegnet hat. Nur leider bleibt kein Platz für marktwirtschaftliches Denken, wenn die Welt vor der «Klimakrise» gerettet werden muss.

Und was lernen wir daraus? Klimasozialismus bedeutet eben nicht nur Verbote, Vorschriften und Abgaben. Klimasozialismus ist es auch, wenn für völlig unnötige Projekte Millionen an Steuergeldern zum Fenster rausgeworfen werden. Für die Bevölkerung macht es eigentlich keinen Unterschied: Am Ende zahlt sie so oder so die Rechnung.

«Die Träume der Grünen»

Der Klimawandel ist eine Tatsache. Diese nutzen einige Politiker der grünen Bewegung aus, um an die Macht zu gelangen. Ein gigantisches Geschäftsmodell entstand, das substanziell durch Steuergelder finanziert wird. Schädliche gesellschaftliche Veränderungen sind weitere Folgen dieser politischen Ansätze. In einer Artikelserie beleuchten wir die Hintergründe und Fakten der Forderungen der grünen Bewegung sowie deren Folgen für uns alle.

Johann Widmer
Gemeinderat SVP
Zürich

Angefangen hat die heutige Klimahysterie in den 1960er-Jahren. Linke Philosophen haben die Theorie des marxistischen «Klassenkampfes» als Grundlage genommen, um eine «kulturelle Attacke» gegen das Bürgertum zu reiten. Neben Herbert Marcuse und Michel Foucault hat sich vor allem der Studentenführer Rudi Dutschke mit seinem «Marsch durch die Institutionen» hervorgetan, um diese Philosophien in die Realität umzusetzen. Er war Mitbegründer der ersten «Grünen» in Deutschland. Diese ersten Grünen waren es, die erkannten, dass man den Menschen mit Umweltanliegen umerziehen und durch

geschickte «Gefühlsmanipulation» für die Attacke auf das Bürgertum einsetzen kann. Die Bewegung ist heute eine bedeutende, weltweite politische Kraft geworden, unterstützt von einer grossen Anzahl NGOs, deren Absichten kaum menschen- und wirtschaftsfreundlich sind.

Die Folgen dieser Attacke sind heute gut sichtbar: Je linker und grüner ein Land regiert wird, desto schlechter geht es dem Mittelstand und der Wirtschaft. Ich war damals an der strategischen Entwicklung grüner Ideen beteiligt und kann daher aus dem Nähkästchen plaudern. Ich bin auch der Herausgeber des Buches «Grüne Träume», erschienen bei epubli.de, in dem auch andere Autoren zu Wort kommen.

Fakten helfen, den grünen Wahn zu entlarven

Je besser die Allgemeinheit über die Fakten zur Energieversorgung der Schweiz

informiert wird, desto nachvollziehbar werden die falschen Aussagen der grünen Journalisten und Politiker. Jeder Bürger sollte sich ein eigenes Bild machen können, wenn es um die Fragen bezüglich der Solar-, Wind-, Wasser- und Kernenergie geht. Aus diesem Grund veröffentlichten wir an dieser Stelle die gut belegten Fakten in einer Artikelserie und erklären, wo nötig, die Zusammenhänge und Hintergründe.

Die Artikelserie fußt auf öffentlich zugänglichen Informationen des Bundes, der Website der Grünen Partei, wissenschaftlichen Artikeln und anderen gut belegten Quellen. Wir legen Wert auf gut belegte und anerkannte Fakten und lassen uns daher nicht in die Ecke der Verschwörungstheoretiker stellen und auch nicht mundtot machen. Wir prüfen die wissenschaftlichen Fakten anhand wissenschaftlicher Grundprinzipien und analysieren die Methoden, die bei der Beschaffung

der Fakten und Studien zur Anwendung gelangten.

Grüne Utopien führen zu schädlichen Gesetzen

In der Artikelserie «Grüne Träume» geht es nicht darum, den Klimawandel zu widerlegen. Es geht darum, die von der linksgrünen Mainstream-Politik, insbesondere die von den Grünen vorgeschlagenen Lösungen im Bereich der Energieversorgung der Schweiz, zu analysieren und deren Umsetzbarkeit zu klären. In der Artikelserie sind die Grüne Partei, aber auch alle linksgrünen Kräfte anderer Parteien als «Grüne» bezeichnet.

Wir leben in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung zur Energieversorgung der Schweiz von Dogmen beherrscht wird und die Fakten oft verdreht werden. Statt sich auf Fakten zu berufen, nutzen die linksgrünen Politiker die Mainstream-Medien für die Verbreitung von Utopien. Dadurch wird die öffentliche Meinung von utoptischen und dogmatischen Vorstellungen geprägt und eine sachliche Diskussion verhindert.

Grundsätzlich geht es in allen grünen Träumen um die Forderung: «... ab 2040 soll die Schweiz keine fossilen Treib- und Brennstoffe mehr einsetzen». Die Grünen schreiben in ihrem Klimaplan, dass die Schweiz spätestens ab 2040 «klimapositiv» sein soll. Sie meinen damit, dass die Schweiz im Jahr 2040 kein CO₂ mehr in die Atmosphäre abgibt, ja sogar noch CO₂ absorbiert. Das bedeutet, dass kein Erdgas und kein Erdöl mehr verbrannt werden darf und die Schweiz mehr CO₂ absorbiert, als sie selber produziert. Das heisst, dass alle Heizungen ohne fossile Brennstoffe betrieben werden müssen und Autos vermehrt elektrisch oder mit synthetischem Methan oder Wasserstoff betrieben werden. Völlig unverständlich ist die Forderung, dass die CO₂-armen Kernkraftwerke abgestellt werden sollen. Da die Schweiz für 0,04% des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich ist, sind alle Anstrengungen der Schweiz für das weltweite Klima irrelevant.

* Die Quellen und Belege für die hier gemachten Aussagen finden Sie im Buch «Grüne Träume», Johann Widmer, Hrsg., epubli.de.

Die Forderung, dass die CO₂-armen Kernkraftwerke abgestellt werden sollen, ist höchst unverständlich. Bild: Adobe Stock

AUS DEM OFIKER GEMEINDERAT

Weniger Symbolik, mehr Substanz im Gemeinderat

Politische Vorstöße sind ein wichtiges Instrument der Gemeinderatsarbeit. In der laufenden Legislatur fällt jedoch eine auffällige Häufung von Postulaten, Interpellationen und Anfragen auf – insbesondere aus dem linken Lager.

Kevin Husi
Gemeinderat und
Fraktionspräsident SVP
Ofikon

Viele dieser Eingaben wirken wie isolierte Einzelaktionen mit begrenztem Realitätsbezug. Statt auf lösungsorientierte Politik zu setzen, dominieren symbolische Vorstöße, die vor allem mediale Aufmerksamkeit generieren sollen.

Ein markantes Beispiel ist die Interpellation zur Grundstücksgewinnsteuer. Anstatt realistische Handlungsoptionen zu prüfen, wird der Stadtrat aufgefordert, hypothetische Szenarien mit umfangreichen Rückrechnungen über die letzten zehn Jahre zu erstellen. Der administrative Aufwand ist erheblich, der Mehrwert für die politische Entscheidungsfindung hingegen fraglich.

Form statt Inhalt – und das auf Kosten der Verwaltung

Auch die schriftliche Anfrage zur Anzahl fehlender Abfalleimer verdeutlicht den Trend zu überformalisierten

Politik. Für ein solch alltägliches Anliegen einen formellen Vorstoss einzureichen, erscheint unverhältnismässig. Die Möglichkeit, dem Werkdienst unkompliziert einen Verbesserungsvorschlag zu melden, wäre pragmatischer – und effizienter. Stattdessen werden Ressourcen der Verwaltung gebunden, um ein Anliegen zu bearbeiten, das auch ohne politische Bühne lösbar wäre.

Noch plakativer wirkt das Postulat zur Umnutzung leerstehender Bürosäume. Die Forderung ignoriert relevante Einschränkungen wie Lärmschutz, Zonenvorschriften und bauliche Gegebenheiten. Komplexe Sachverhalte werden auf griffige Forderungen reduziert – geeignet für politische Kampagnen, aber untauglich für nachhaltige Lösungen.

Verantwortung wahrnehmen statt Aufmerksamkeit suchen

Alle genannten Beispiele eint ein Muster: Sie erzeugen öffentliche Aufmerksamkeit, aber kaum Fortschritt. Der Aufwand für Verwaltung und politische Gremien ist hoch, während der konkrete Nutzen oft bescheiden bleibt. Die parlamentarischen Mittel werden

dadurch verwässert und verkommen zum Mittel der Inszenierung.

Es wäre zu wünschen, dass insbesondere die Ratslinke und ihre Verbündeten künftig mit mehr Augenmaß zwischen strategisch relevanten



Die Vorstosswut der linksgrünen Ratsseite ist grösstenteils Symbolpolitik, bringt jedoch hohen administrativen Aufwand mit sich. Bild: Unsplash

SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Spannender Einblick in vielseitigen Holzbetrieb erhalten

Am 23. Juli 2025 hat die SVP des Bezirks Andelfingen zum unpolitischen Sommerabendplausch in den grössten Holzverarbeitungsbetrieb des Weinlandes, die Konrad Keller AG, nach Unterstammheim eingeladen.

RoMü. «Wir führen nun als dritte und vierte Generation das 110-jährige Unternehmen», hielt Martin Keller bei der Betriebsvorstellung einleitend fest. Er ist Verwaltungsratspräsident und auch Geschäftsführer der Konrad Keller AG, welche eine Sägerei sowie ein Hobel- und Leimwerk betreibt und Pellets produziert. Zugleich verwies er auch auf den etwas speziellen Standort beim Bahnhof Stammheim. «Wir finden hier eigentlich keinen für eine alte Säge eher typischen Bach. Unser Grossvater hat die Nähe zur Bahn gesucht, weil früher sehr viel Holz mit der Bahn transportiert wurde», führte Keller aus. So konnte das Unternehmen bis Anfang dieses Jahrhunderts immer wieder Grossaufträge an Land ziehen, weil sie dank dem Bahnanschluss das Holz direkt ab Werk auf die Schiene verladen konnten. Keller verwies auf die Weltausstellung in Hannover 2002, wo beachtliche Mengen an Bauholz ab Stammheim für den Schweizer Pavillon verladen worden sind. Doch dies ist Geschichte, weil das dafür vorhandene Geleis verschwunden ist und nun auch die Bahnschwellen, welche für die SBB gesägt werden, per Lastwagen zum Imprägnierwerk gefahren werden.

In der Sägerei kommen eine Blockbandsäge und eine Gattersäge zum Einsatz. «Wir können fast alle Grössen in unserer Sägerei einschneiden», erklärt Martin Keller beim Rundgang durch diesen Betriebsteil. Dabei wird ein Grossteil entsprechend den Kundenaufträgen gesägt oder auch Lamellenbretter für das eigene Leimwerk hergestellt.

Einstehen für Schweizer Holz

«Der Holzbau in der Schweiz boomt. Doch unsere Betriebe spüren eher wenig davon», rief Keller mit Blick in die Auftragsbücher in Erinnerung. Denn wenn es um die Kosten von Holzbauten und Holzbauarbeiten geht, gerät Swissness oder Herkunft Schweizer Holz rasch einmal unter Druck. Lichtblicke sieht Martin Keller bei der öffentlichen Hand bei den Kantonen oder Gemeinden, wo man bei der Herkunft des Bauholzes oftmals ganz bewusst gar auf den eigenen Wald setzt. Er verwies dabei auf das neue Thurgauer Verwaltungsgebäude, bei dem ausschliesslich Thurgauer Holz verbaut wird.

Doch man braucht auch immer wieder ein gutes Netzwerk, damit man auf private Projekte betreffend die Herkunft von Bauholz bei den Bauherren

Einfluss nehmen kann, hielt Keller fest. Er sprach dabei eine Thurgauer Bürgergemeinde mit grossem eigenem Waldbesitz an, welche Bauland für eine grosse Überbauung zur Verfügung stellte. Erst nach einer Intervention gelang es, dass Holz aus dem Gemeindewald dort auch verbaut wurde. Wird Schweizer Holz verbaut, so sichert man entlang der gesamten Arbeitskette vom Wald bis zur Verarbeitung dezentrale Arbeitsplätze und stärkt zugleich die Wald- und Holzwirtschaft.

Kaskadennutzung auch im Betrieb

Jährlich werden im Sägewerk rund 20000 Festmeter Rundholz aus der Region eingeschnitten. Hier fallen bereits Rinde, Schnittabfälle und Sägemehl an. Bei den weiteren Verarbeitungsschritten im Hobel- und Leimwerk gibt es auch Hobelspäne und weitere Holzabfälle, welches als Restholz abschliessend in verschiedenen Formen zu Energie veredelt werden. Seit 1990 betreibt das Unternehmen auch einen Fernwärmeverbund, welcher in den letzten Jahren in Oberstammheim massiv ausgebaut wurde. «Wir liefern heute für 150 verschiedene Einheiten die Wärme», so Andrin Keller, welcher nun in vierter Generation im Unternehmen tätig ist.

Dafür werden die im Betrieb während der Verarbeitung anfallenden minderwertigen Restholzteile gehäckelt und für das Betreiben des Wärmeverbundes eingesetzt. Hier setzt das Unternehmen auf die neuste Technologie. So ist seit einigen Jahren ein ganz spezielles Rauchgasreinigungssystem im Einsatz, in dem die Abluft der Heizung durch die Schnitzel strömt und diese

damit trocknet. Zugleich bleiben aber auch die Feinstaubpartikel an diesen haften, sodass der Feinstaub direkt wieder verbrannt wird.

Im gesamten Betrieb wird auch viel Strom benötigt. Hier setzt das Unternehmen einerseits auf Photovoltaik, um Strom zu produzieren. Doch auch hier wagte das Unternehmen einen grossen Schritt in die Zukunft und schaffte einen speziellen dritten Heizkessel an. «Wir setzen seit dem vergangenen Jahr auf die Technologie Streamergy, wo wir mit Dampf auch Strom produzieren», hielt Andrin Keller fest. Mit dem Heizkessel wird dabei 500 Grad Celsius heißer Wasserdampf produziert, welcher für den Antrieb eines V8-Dampfmotors für die Stromproduktion eingesetzt wird. Somit können mit diesem Kessel mit einer Leistung von 1200 kW rund 200 kW Strom und 900 kW Wärme produziert werden.

Das Unternehmen hat sich auch in der Pelletsproduktion einen Namen gemacht. Feines im Betrieb anfallende Restholz wie Sägemehl oder Hobelspäne wird unter hohem Druck zu Pellets gepresst. Aus zwei kg Holzpellets können zehn kWh Energie produziert werden. Dies entspricht einem Liter Heizöl oder einem m³ Erdgas.

Nach der sehr spannenden Führung folgte in der neuen, völlig aus Holz gebauten und eindrucksvoll auch als Showroom für den Baustoff Holz dienende Werkstatt und der darüber liegenden Betriebskantine der gesellige Abschluss bei Speis und Trank und vielen Diskussionen und gewonnenen Eindrücken in einem vorbildlich geführten Familienunternehmen.



Das neue, völlig aus Holz erstellte zweistöckige Betriebsgebäude mit Werkstatt und der darüber liegenden Betriebskantine. Bild: RoMü

INVESTITION STATT KÜRZUNG

Ein Plädoyer für Jugend+Sport

Das Bundesamt für Sport (BASPO) plant, ab 2026 die Beiträge im Rahmen des Programms Jugend+Sport (J+S) um 20 Prozent zu kürzen. Besonders kleinere Vereine, die auf diese Mittel angewiesen sind, stehen vor grossen Herausforderungen.



Jacqueline Hofer
Kantonsrätin SVP
Dübendorf

Höhere Teilnahmegebühren für Lager und Aktivitäten könnten dazu führen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien ausgeschlossen werden. Der Bund spart am falschen Ort.

Sport ist kein Luxus, sondern Zukunft

J+S ist seit Jahrzehnten ein zentrales Instrument der Jugendförderung in der Schweiz. Es bietet Kindern und Jugendlichen Zugang zu Bewegung und Gemeinschaft, stärkt die körperliche und

mentale Gesundheit und fördert freiwilliges Engagement im Vereinsleben. In einer Zeit, in der Bewegungsmangel und soziale Isolation zunehmen, braucht es mehr Investitionen – nicht weniger.

Die geplante Kürzung steht im Widerspruch zur Entwicklung: Rekordteilnahmen zeugen vom Erfolg des Programms, und dennoch sollen die Mittel reduziert werden. Dies wirft grundsätzliche Fragen zur Prioritätensetzung der Sportpolitik auf. Ein Rückgang der Beiträge gefährdet Chancengleichheit und lässt wichtige Angebote – vor allem in ländlichen Regionen und finanziell schwächeren Organisationen – wegbrechen.

Kantone müssen Haltung zeigen

Die Kantone sind gefordert, sich klar zu positionieren. Ich rufe den Regie-

rungrat dazu auf, Massnahmen zur Abfederung zu prüfen und sich auf nationaler Ebene – etwa über die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und -direktoren – für den Erhalt der Beiträge starkzumachen. Sportförderung darf nicht als Belastung betrachtet werden, sondern muss als Investition in die nächste Generation verstanden werden.

J+S ist mehr als ein Budgetposten. Es ist eine Plattform für Teilhabe, Zusammenhalt und persönliche Entfaltung. Die angekündigten Kürzungen betreffen nicht Zahlen – sie betreffen Menschen, Perspektiven und die Zukunft unserer Jugend. Darum braucht es jetzt ein klares Zeichen: Für den Sport, für die Kinder – und für eine Schweiz, die in ihre Zukunft investiert.

ABFALLTRENNUNG SCHWER GEMACHT

Simone Branders unvollkommene Projekte

Die Stadt Zürich hat über 1,1 Millionen Franken für die rund 250 Recycling-Behälter für Zürich ausgegeben, damit die Leute unterwegs den Abfall schön getrennt entsorgen können.

Soweit, so gut. Aber diese Boxen sind für kleingewachsene Personen oder Menschen im Rollstuhl eher schwer erreichbar. Oft fällt der Abfall dann auf den Boden. Anlässlich einer Besichtigung dieser Boxen mit Gemeinderat Johann Widmer hat der Leiter Stadtteiligung bei Entsorgung + Recycling Zürich ERZ, Michael Ultsch, gesagt, dass die Boxen zwar die gesetzlichen Anforderungen erfüllten, aber er sehe, dass bestimmte Personengruppen Mühe hätten. Die Stadtteiligung wird sich des Problems annehmen und gegebenenfalls eine Modifizierung durchführen. Diese Modifizierung kann dann bis zu 200 000 Franken zusätzlich kosten, die voraussichtlich der Steuerzahler in der Stadt Zürich berappen muss.

Agieren statt reagieren

Es ist traurig, aber leider nicht überraschend, dass man in der Stadt Zürich eine Idee hat, diese sofort umsetzt, aber sie nicht zu Ende denkt. Der Stadtrat denkt, dass er ja im Nachgang mit Steuerzahldern immer noch nachbessern kann. Bei den Recycling-Behältern hätte man schon von Anfang an die praktische Benützung besser austesten sollen.

Stadträtin Simone Brander ist auch sonst bemüht, nur ihre Klientel favorisierend zu bedienen. Das sieht man beispielsweise bei den Schneeräumungen. Die Velorouten werden immer als

erste geräumt und bei Zebrastreifen werden die Strassen soweit geräumt, dass Velos durchpassen. Dass bei diesen schmalen Durchgängen Eltern mit ihren Kinderwagen, ältere Personen mit Rollatoren oder Rollstuhlfahrer das Nachsehen haben, ist ihr nicht wichtig.

Peter Vogelsanger,
Zürich



Für Menschen mit Beeinträchtigungen wird Nachhaltigkeit schwer gemacht.

Bild: zVg

SVP OETWIL AM SEE

Volles Zelt an der Oetwiler Nationalfeier

Über 150 Personen – Jung und Alt, Einzelpersonen, Gruppen und Familien – haben an der Feier in Oetwil teilgenommen. Viele genossen die Älplermagronen, viele bevorzugten eine Grillwurst oder gar eine zweite...

OK-Präsident Eugen Hunziker eröffnete den rednerischen Teil und begrüsste die Festbesucher herzlich. Speziell erwähnte er die fast vollzählige Oetwiler Regierung, allen voran Gemeindepräsident Nami Gangshontsang mit seiner Tibetergemeinschaft, dann die Gemeinderäte Dani Hasler, Peter Küng, Thomas Pally und Erich Schärer. Besonders willkommen hiess er schliesslich den Festredner Pfarrer Dr. Andrea Bianca (mit Partnerin Katharina) aus Küschnacht. Dieser sei im 30. Amtsjahr und zudem auch noch Vizepräsident des zürcherischen reformierten Kirchenrates.

Religiöse Führer im Wandel der Zeit

Sodann hielt er eine historische Rückschau auf die Entwicklung religiöser Führer von der Frühzeit über die Christianisierung mit den «ersten Schriftgelehrten» bis ins Mittelalter und zur Neuzeit. Da erweiterten und veränderten sich die Rollen und Aufgaben der religiösen Führer als Pfarrer, Priester, Pastoren oder andere Geistliche verschiedener Konfessionen bis zur Übernahme von Schulpräsidenten, Chorleitern und anderen gemeinnützigen Tätigkeiten. Zum Schluss betonte er, dass Pfarrer Gottfried Paulus Kägi der letzte Pfarrer in Oetwil war, der bis 1916 auch noch das Amt des Schulpräsidenten ausübte.

Sich wehr- und standhaft zeigen

Und damit sei es erst recht gegeben, auch einmal einem Pfarrer zuzuhören, wie seine Gedanken zum Geburtstag der Schweiz wohl aussehen. Die Festansprache von Pfarrer Bianca wurde in der Tat zu einem Höhepunkt der Feier. Angefangen bei der aktuellen 39%-The-

matik aus den USA fand der Redner den Faden zum Bundesbrief, der Nationalhymne bis zur Symbolik des Schweizer Wappens. Sein Appell galt dem Geist der ursprünglichen Eidgenossen, sich wehrhaft zu zeigen, zusammenzuhalten und sich nicht kleiner machen zu lassen. Nach allem, was die Schweiz erreicht habe, sei es richtig, sich des Selbstwertes zu erinnern und immer wieder etwas zu wagen und vorwärts zu gehen. Seine Worte waren beispielhaft auch humoristisch und immer hinweisend auf den Respekt gegenüber Höherem.

Den Abschluss der würdevollen Feier bildete traditionellerweise das Singen aller vier Strophen des Schweizerpsalms. Bald wurde auch das Feuer auf dem Bahnhügel durch Gemeinderat Erich Schärer entzündet und die Musik spielte noch einige Zeit zum Ausklang.

Eugen Hunziker,
Alt Gemeinderat und
Präsident SVP Oetwil am See



Höhepunkt war Festredner Pfarrer Andrea Bianca aus Küschnacht. Bild: zVg

SVP DIGITAL



Teleblocher

Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.



In den Sümpfen von Bern

Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



Weltwoche daily

Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.



SVP des Kantons Zürich

Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



Wortwächsel

Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-buchenbuelach.ch](https://event.evagic.com/svp-buchenbuelach.ch).

Bezirk Bülach/Embrach

Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf

Jeden Dienstag, 16.00 – 21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf

Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil

Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa

Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon

Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-uster](https://event.evagic.com/svp-uster).

Stadt Winterthur

Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen

Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6

Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12

Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich

Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten

Donnerstag, 21. August 2025, 19.30 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, u.a. mit Nationalrat Martin Hübscher.

Samstag, 30. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz an der Dorfchilbi, Dorfplatz, Bonstetten.

Bezirk Bülach/Bülach

Freitag, 29. August 2025, bis Sonntag, 31. August 2025, SVP-Beiz am Büüli Fäsch, Marktgasse, Bülach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf

Samstag, 20. September 2025, 17.00 Uhr, Grillabend, Waldhütte Ettenberg, Howielstrasse 27, Birmensdorf, mit Nationalrat Benjamin Fischer. Anmeldung bis 10. September 2025 unter yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch.

Bezirk Meilen/Zollikon

Samstag, 16. August 2025, bis Montag, 18. August 2025, SVP-Stand an der Chilbi, Dorfplatz, Zollikon.

Donnerstag, 18. September 2025, 20.15 Uhr, Informationsabend, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit den Nationalräten Gregor Rutz und Mauro Tuena.

Bezirk Meilen/Zumikon

Samstag, 23. August 2025, 11.00 Uhr, Jubiläums-Grillplausch, Feuerstelle Strubenwies, oberhalb Golfplatz, Weid 9, Zumikon, mit Nationalrat Andreas Glarner. Anmeldung bis 21. August 2025 unter gerard.olivary@bluewin.ch.

Bezirk Uster/Uster

Donnerstag, 28. August 2025, 18.30 Uhr, Sommeranlass, Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse 20, Uster, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Freitag, 5. September 2025, bis Sonntag, 7. September 2025, SVP-Stand am Stadtfest, Zentrum, Uster.

Bezirk Uster/Volketswil

Freitag, 17. Oktober 2025, bis Sonntag, 19. Oktober 2025, SVP-Stand an der Volketswiler Gewerbeausstellung VOGA, Kultur- und Sportzentrum Gries, Usterstrasse 35, Volketswil.

Stadt Winterthur/Seen

Freitag, 5. September 2025, bis Sonntag, 7. September 2025, SVP-Stand an der Seemer Dorfet, Ecke Seenerstrasse/Werdstrasse, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich/Kreis 10

Samstag, 30. August 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 6. September 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbergbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 13. September 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 20. September 2025, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbergbühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11

Samstag, 30. August 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

SVP-Zürich/Kreis 12

Samstag, 6. September 2025, bis Sonntag, 7. September 2025, SVP-Stand an der Schwab

Zürcher Bauer

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zv@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68.

Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zuercherbote. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhart Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr.

Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Samstag, 6. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 13. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Sonntag, 21. September 2025, 10.00 – 14.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Albert Schumacher, Katzenseestrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Nationalräten Ueli Bamert und Susanne Brunner.

Samstag, 27. September 2025, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschissen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

mendinger Chilbi, Stettbachweg, Zürich-Schwamendingen.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 13. August 2025, 18.30 Uhr, Sonderparteitag der SVP des Kantons Zürich, Neumarkt, Winterthur.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschissen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter www.svp-schiessen.ch.

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie direkt oberhalb im Impressum.



750 Jahre
1275 2025
Dinhard

Bier vom Oldi-Feuerwehrauto

Glücksrad

Goldwaschen mit Verlosung am Sonntag, 31. August 2025, um 15.00 Uhr mit alt Nationalratspräsident Jürg Stahl

1. Preis: 1 Goldvreneli

Eure SVP Dinhard

Fr 29. bis So 31. Aug. 25

Unterstützen Sie die SVP!
Helfen Sie uns mit einer Spende bei den Gemeindewahlen 2026 – herzlichen Dank!

SVP Zumikon, 8126 Zumikon
CH44 0070 0110 0012 8002 5
Zürcher Kantonalbank

svp-zumikon.ch



Jubiläums-Grillplausch SVP Zumikon

Bereits zum zehnten Mal lädt die SVP Zumikon zum Grillplausch ein. Wurst, Brot und Getränke sind offeriert. Es erwartet uns ein spannender Gastredner!

Wie das Asylchaos die Gemeinden belastet
Andreas Glarner, Nationalrat

Wir werden von stimmungsvollen Alphornklängen musikalisch begleitet. Ebenso sind unsere **Kandidaten für die Gemeindewahlen** vom März 2026 anwesend. Nutzen Sie die Gelegenheit zum unkomplizierten Austausch!

Samstag, 23. August 2025, ab 11 Uhr
Feuerstelle „Strubenwies“ (oberhalb Golfplatz), Weid 9, 8126 Zumikon

Anmeldung bis 21. August 2025 an: gerard.olivary@bluewin.ch
Alle sind herzlich willkommen - auch Nichtmitglieder der SVP!

Unterstützen Sie die SVP!
Helfen Sie uns mit einer Spende bei den Gemeindewahlen 2026 – herzlichen Dank!

SVP Zumikon, 8126 Zumikon
CH44 0070 0110 0012 8002 5
Zürcher Kantonalbank

svp-zumikon.ch